

FreiRaum

Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen
Für die friedliche Nutzung des Weltraums

Nr. 1 / Mai 2009
8. Jahrgang

Los geht's!

In New York tagt die 3. Vorbereitungskommission zur Überprüfungskonferenz 2010 des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages. Die Zeit der Bewegungslosigkeit ist vorüber. (Seiten 4 - 5). Die Zeit der doppelten Standards noch nicht. (Seiten 3 und 8). Die Bundeswehr hängt an der nuklearen Teilhabe (Seite 6). Die Kampagne „unsere zukunfts atomwaffenfrei“ mischt sich in die Wahlkämpfe ein (Seiten 4, 9-11). Die GAAA ruft zu Sommeraktionen in Büchel auf. (In der Heftmitte).

Die Tür ist offen, der Aufbruch steht bevor

Die Vision einer Welt ohne Atomwaffen rutscht auf der politischen Agenda zur Zeit steil nach oben. Der vorliegende Entwurf einer Nuklearwaffenkonvention muss auf die Verhandlungstische, damit das Ziel erreicht wird.



2 000 Demonstranten in Büchel (August 2008) und 100 politische Entscheidungsträger in Paris (November 2008) versammeln sich für eine atomwaffenfreie Welt.



Riefen zunächst nur Friedensbewegte nach Abrüstung aller Atomwaffen, so kamen mit den Mayors for Peace die Stimmen der Bürgermeister hinzu. Dann stimmten bekannte US-Politiker im Ruhestand, die in ihrer Amtszeit die nukleare Abschreckung selbst verantworteten, in den wachsenden Chor mit ein. Die Vier für eine atomwaffenfreie Welt: Kissinger, Nunn, Perry und Schultz fanden ihre Nachahmer auch in anderen Ländern, wie Großbritannien oder Italien. In Deutschland waren es Schmidt, von Weizsäcker, Bahr und Genscher.

TAGESORDNUNG GESETZT

Die atomwaffenfreie Welt ist heute in aller Munde. Mit dem Appell „Global Zero“ wurde von 100 politischen Führungspersonlichkeiten und Stars aus aller Welt in Paris eine Öffentlichkeitskampagne für eine Nulllösung gestartet. US-Präsident Obama hat mehrfach das Ziel einer atomwaffenfreien Welt für seine Politik formuliert. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz erhob unser Außenminister dafür seine Stimme. Inzwischen forderte Steinmeier von den USA den Abzug ihrer Atomwaffen aus Deutschland. Doch sowohl im Außenministerium wie im Weißen Haus hat das Visionäre seine Grenzen. Es werden einzelne Schritte vorgeschlagen, kein Gesamtplan vorgelegt.

EINE MENGE GUTER PLÄNE

Mit seiner Prager Rede kündigt Obama an, dass er auf eine Stärkung des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages und auf die Ratifizierung des Teststoppabkommens drängen wird, dass für ihn die Verhandlungen mit Russland über ein

START-Nachfolgeabkommen nur der Anfang sein sollen. Er kündigt an, zu einem Gipfeltreffen zur nuklearen Sicherheit einzuladen. Er will die Einsatzpläne der US-Atomwaffen überarbeiten. Aber er stellt auch fest, dass die USA die nukleare Abschreckung aufrecht erhalten, solange andere Staaten Atomwaffen besitzen. Obama legt noch kein wirkliches Abrüstungsprogramm vor. Die gemeinsame Erklärung mit dem russischen Präsidenten Dmitri Medwedew, die Atomwaffenarsenale massiv zu reduzieren, weist in die richtige Richtung.

DIE ANKÜNDIGUNGEN BEGRÜßEN – MEHR FORDERN

Die von Regierungsvertretern angekündigten Schritte sind zu begrüßen. Um aber nicht auf halbem Weg stecken zu bleiben, etwa bei 1.000 Atomwaffen auf jeder Seite, ist eine Routenplanung bis zur Verschrottung der letzten Atombombe nötig. Der Entwurf für eine Nuklearwaffenkonvention - also einen für alle bindenden Vertrag über das Verbot und die Abschaffung von Atomwaffen - liegt den Vereinten Nationen vor. Darin wird aufgezeigt, wie sämtliche Atommächte in gemeinsamen und gleichzeitigen Schritten ihre Sprengköpfe und Trägersysteme auf Null reduzieren können. Generalsekretär Ban Ki Moon hat die Nuklearwaffenkonvention als möglichen Weg in die atomwaffenfreie Welt bezeichnet.

Die Friedensbewegung wird im Abrüstungskonzert weiter mitspielen durch Lobbyarbeit und Aktionen. Sie darf ihre Stimme nicht verstummen lassen, sie muss für die Nuklearwaffenkonvention werben, damit das Ziel nicht verfehlt wird.

Wolfgang Schlupp-Hauck ●



Außenminister Steinmeier will ein atomwaffenfreies Deutschland...



... und Bundeskanzlerin Merkel hängt noch an der nuklearen Teilhabe.



Gewaltfreie Aktion
Atomwaffen Abschaffen



Pressehütte.

Liebe FriedensfreundInnen, es sind spannende Zeiten. Während der Ostertage - pünktlich zu den Ostermärschen - hat Außenminister Steinmeyer angekündigt, auf den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland zu dringen. Wie lange wird sich die CDU dieser Forderung verschließen? Der FreiRaum als Magazin, das vierteljährlich erscheint, kann auf die aktuellen Entwicklungen nicht direkt reagieren. Wir werden diese in der nächsten Ausgabe analysieren.

Den Wahlkampf nutzen

Der Wahlkampf steht bevor, und diesmal könnte die nukleare Abrüstung Nutzen daraus ziehen. Die Kampagne „unsere zukunft atomwaffenfrei“ ruft auf, den Wahlkampf zu nutzen, um die Kandidaten, die ein atomwaffenfreies Deutschlands wollen, in dieser Ansicht zu stärken und jene, die noch nicht dafür eintreten, in ihrer Position kritisch zu hinterfragen. Der FreiRaum bietet seinen Lesern dazuhin Gelegenheit, mit Bundestagsabgeordneten über die Atomwaffenfrage ins Gespräch zu kommen. Nehmen Sie an unseren Telefonkonferenzen teil! (Genaueres siehe Rückseite). Werden Sie aber auch vor Ort aktiv und wenden Sie sich an ihre Wahlkreis-kandidaten!

Keinen Termin gefunden

Die Initiative „Global Zero“ hat in Deutschland Unterzeichner, von denen wir es nicht erwartet hätten, so Wolfgang Ischinger, den neuen Ausrichter der Münchner Sicherheitskonferenz, und den außenpolitischen Sprecher der CDU Eckart von Klaeden. Gerne hätten wir die beiden zu ihrer Motivation befragt. Aus Termingründen hat dies jedoch nicht geklappt. Wir bleiben dran und werden Ihnen in der nächsten Nummer mehr berichten.

Glückwunsch an Roland Blach

Der Koordinator der Kampagne und unser ehemaliges Redaktionsmitglied Roland Blach wurde im März vierzig. Wir haben mit ihm gefeiert und für seinen Wunsch gesammelt: ein Rennrad, mit dem er bei den Pacemaker-Touren mitradeln kann. Wir gratulieren ihm herzlich und wünschen ihm privat mit seiner Familie und für seine Friedensaktivitäten alles Gute.

Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh) ●

Freiwillige für die atomwaffenfreie Welt

Wir können zwei Plätze für ein Freiwilliges Soziales Jahr einrichten. Wir haben zwei junge Menschen, die in der Pressehütte arbeiten wollen. Kai Hagen, ein Abiturient aus Mutlangen, hat sich ebenfalls um einen Platz beworben. Wir haben - Dank Ihrer Unterstützung - so viele Spenden, dass für die Hälfte der Zeit die Mittel schon vorhanden sind. Wir sind zuversichtlich, dass wir die fehlenden Mittel für das FSJ-Projekt zusammen bekommen.



Foto: Markus Zehringer

Beim Ostermarsch in Ellwangen waren wir wieder dabei. Als Redner warben Wolfgang Schlupp-Hauck und Kai Hagen für das FSJ-Projekt.

KAI HAGEN STELLT SICH VOR:

Es ist heutzutage erstaunlich und zugleich bedauernswert, wie einzig allein die Medienwelt für die Aktualität eines Themas zu sorgen scheint. Die jüngste Zukunftsvision des US-Präsidenten Barack Obama von einer atomwaffenfreien Welt hat vielen Menschen ins Gedächtnis gerufen, dass eine Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen existiert. Aber seien wir einmal ehrlich – in ein paar Monaten ist auch dieses Thema wieder vergessen, wenn Journalisten schon über die nächste brisante Angelegenheit berichten. An der Existenz der genannten Bedrohung wird sich aber so schnell dennoch nichts ändern.



Kai Hagen, der zweite Freiwillige für die Pressehütte

Nach den nun bald 13 Jahren Schule bin ich eben genau darauf aufmerksam geworden und ich finde, dass es zu einer gewissen Verantwortung gehört, dieses Thema so lange nicht ruhen zu lassen, wie Atomwaffen eine bestehende Tatsache sind. Da ich vor einem eventuellen Studium so oder so geplant hatte, die Welt um mich herum richtig kennen zu lernen, habe ich in der FSJ-Stelle bei der Pressehütte nun zusätzlich auch noch eine Möglichkeit gefunden, für diese Welt einen guten Beitrag zu leisten.

Die Medien haben das Feuer zum lodern gebracht, das der Öffentlichkeit die Gefahr von Atomwaffen erneut vor Augen stellen soll. Für Leute wie mich gilt es nun, dieses Feuer zu schüren, damit das Thema erst erlöschen kann, wenn der Kampf gegen die Atomwaffen erfolgreich zu Ende geführt wurde

NINA EISENHARDT

Nina, die seit vier Jahren Koordinatorin von BANg ist, hat folgende Zeilen geschrieben:

Für mein freiwilliges Jahr in der Pressehütte habe ich schon viele Pläne: Wir wollen eine eigene „Bildungsinitiative“ starten und verschiedene Schulen in Deutschland besuchen, eine Aktionsreise in den Sudan unter dem Thema „Konfliktsensibler Umgang mit Ressourcen Uran-Öl- Solar“ unternehmen, den Welt-Laden in Schwäbisch Gmünd unterstützen, das Büro der Pressehütte managen und eine Bildungs- und Aktionsreise nach New York zur Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags organisieren.

Das FSJ bietet uns die Möglichkeit, zum einen unsere eigenen Kompetenzen weiter zu entwickeln und uns zu bilden, zum anderen aber vor allem andere Jugendliche in die „Geheimnisse“ der Politik einzuweihen, sodass diese nicht länger Geheimnisse bleiben. Die Finanzierung des FSJ basiert auf Patenschaften und Spenden. Sie können ihren Anteil dazu beitragen, dass das Projekt gelingt, ob durch eine einmalige Spende oder einen monatlichen Beitrag.

Es ist wichtig, dass wir unsere Jugendlichen bilden, denn sie sind nicht nur die kritischen Stimmen, sondern auch die Entscheidungsträger von morgen.

NACH NEW YORK

Wir haben in diesem Jahr keine Delegation zur Vorbereitungscommission der Überprüfungskonferenz des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages geplant. Dennoch sind wir dort nicht ohne Vertretung. Nina Eisenhardt wird mit Georgio Alba für BANg Anfang Mai in New York sein. Nina hat das Schreiben der diesjährigen Jugendrede an die Delegierten organisiert. Sie wird auch Kontakte für die Aktionsreise im nächsten Jahr knüpfen.

Regina Hagen von INESAP setzt mit Studierenden der Technischen Universität Darmstadt und der Universität Hamburg das letztjährige Planspiel zur Nuklearwaffenkonvention fort.

Brigitte Wick ●

Tödliche Machtspiele

Die Atommacht Israel zieht einen Präventivschlag gegen das Atomprogramm des Iran in Erwägung. Die Toten des Gazakriegs sind Opfer eines Stellvertreterkrieges mit Abschreckungsbotschaft an den Iran. Die USA gaben bisher keine Unterstützung.



Israelische Piloten bombardierten im Gaza und übten den Angriff auf den Iran.

Am 18. 7. 2008 schrieb Benny Morris in der New York Times „Die Iraner werden – sei es aus ideologischen Gründen oder aus Angst vor einem nuklearen Präventivschlag der Israelis – jede von ihnen gebaute Bombe einsetzen. Darum ist ein israelischer Nuklearschlag wahrscheinlich, der die Iraner an ihren letzten Schritten zu einer Bombe hindert. Die Alternative wäre, es zuzulassen, dass Teheran seine Bombe hat. So oder so wäre in jedem der beiden Fälle ein nahöstlicher Nuklear-Holocaust vorherbestimmt.“

USA BREMSTEN ISRAELS ANGRIFFSPLÄNE

Am 21.8.2008 berichtete die „Haaretz“, dass der israelische Verteidigungsminister Ehud Barak die USA bei seinem USA-Besuch Anfang August 2008 um Tankflugzeuge des Typs Boeing 767 gebeten habe, damit Kampfflugzeuge der israelischen Luftwaffe in der Luft betankt werden und so bis nach Iran und zurück fliegen könnten. Die US-Regierung verweigerte den Kauf, weil sie „fürchtete, solch eine Transaktion könnte als Unterstützung für einen israelischen Angriff auf Iran interpretiert werden“. Auch Überflugrechte für israelische Kampfflugzeuge über den Irak wurden verweigert. Gleichzeitig nahm der Iran aus Russland importiertes Flugabwehrraketen-Zubehör in Empfang, allerdings noch nicht die Raketen selbst, die neben den bereits gelieferten russischen Tor-M-1-Raketen als zusätzliche effektive Waffen gegen US- wie auch gegen israelische Angriffe gelten: „Es gibt Anzeichen, dass die Installation der S-300 im Iran bereits vor zwei Wochen begonnen hat. Die Russen wollen angeblich S-300 auch um den syrischen Hafen Tartus stationieren, um diesen für ihre Schiffe zu sichern.“ (Süddeutsche Zeitung) Die Zeit für einen Präventivschlag läuft ab; nach Inbetriebnahme des iranischen Atomkraftwerkes würden US-Soldaten im Irak und in Afghanistan bei einer Bombardierung einem radioaktiven Fallout ausgesetzt. Barak Obama wurde für seine Dialogbereitschaft gegenüber dem Iran von israelischer Seite bereits heftig kritisiert. Israel weiß jetzt, dass Unterstützung für einen Angriff auf den Iran in absehbarer Zeit nicht zu bekommen sein wird.

ISRAEL STARTETE ERSATZKRIEG



Gaza: Zivilisten leiden unter den Bombardements.

Im engen Zeitfenster vor dem Amtsantritt Obamas war der am 27.12.2008 gestartete Nahostkrieg eine der letzten Möglichkeiten der israelischen Führung, dem Iran eine indirekte „Abschreckungs-Botschaft“ zu senden - mit furchtbaren Konsequenzen für die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen. Im Januar 2009 besuchte der israelische Präsident Shimon Peres die Militärbasis Tzeelim nahe der Stadt Beersheva, um sich vor der Internationalen Presse bei den israelischen Soldaten für ihren Gaza-Einsatz zu bedanken. Er stellte sich auch den Fragen der Reservisten. Auf die Frage eines Soldaten, ob die Hamas jetzt zerschlagen sei oder wie die Hisbolla weiter existiere, erwiderte der Präsident: „Hier geht es nicht um Hamas oder Hisbollah. Hier geht es um den Iran.“

Mit Obamas Dialogbereitschaft hat ein neues Kapitel im amerikanisch-iranischen Verhältnis begonnen. Es wird den iranischen Präsidenten Ahmadinedschad vor eine große Herausforderung stellen. Da dem Iran das feste Feindbild USA abhanden zu kommen droht, wird die katastrophale wirtschaftliche Lage verstärkt den Wahlkampf im Iran bestimmen. Dies könnte die Wiederwahl Ahmadinedschads gefährden – und auch den Atomstreits zwischen Israel, USA und Iran unter einem neuen iranischen Präsidenten erheblich beeinflussen.

Clemens Ronnefeldt ●

Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes

Schattenseiten

Raketenabwehr

Trotz seiner Abrüstungsankündigungen will Obama an den Raketenabwehrplänen in Osteuropa festhalten, „solange die iranische Gefahr besteht“. Irans Aktivitäten mit nuklear Technologie und ballistischen Raketen stellten eine Gefahr nicht nur für die Nachbarn, sondern auch für die USA dar. Er lobte Polen und Tschechen, die bereit seien, das Radarsystem und die Abwehrraketen zu beherbergen. Er dürfte mit dieser Aussage zwei Drittel der Tschechen enttäuscht haben, da sie die Raketenabwehrpläne ablehnen. Für den Fall, dass die iranische Bedrohung beendet sei, stellte er den Abzug der in Europa stationierten Raketenabwehr in Aussicht.

Atomkraft

Obama kündigte an, die Kooperation bei der Nutzung der zivilen Nukleartechnologie zu stärken, auch weil das angesichts des Klimawandels wichtig sei.

Afghanistan

Der Kriegshaushalt für Afghanistan soll steigen. Von anderen Ländern fordert Obama mehr Soldaten.

Lichtblick

Agentur für Erneuerbare Energien gegründet

75 Staaten haben im Januar in Bonn die International Renewable Energy Agency (IRENA) gegründet. Die Bundesregierung hatte alle Mitgliedstaaten der UN zur Gründungskonferenz nach Bonn eingeladen. An ihr nahmen fast 400 Repräsentanten aus 120 Staaten teil, darunter 43 Minister. IRENA-Initiator Hermann Scheer, Präsident der Europäischen Vereinigung für Erneuerbare Energien (EUROSOLAR), sagte: „IRENA wird dem weltweiten Einsatz erneuerbarer Energien einen Schub geben. Nun kann IRENA unverzüglich mit der Arbeit beginnen und erste Strukturen aufbauen. Nach 19 Jahren Vorbereitungszeit darf jetzt keine Zeit mehr verloren gehen.“ IRENA bildet ein institutionelles Gegengewicht zur Internationalen Atomenergieagentur und der Internationalen Energieagentur. Nichtregierungsorganisationen sehen durch IRENA die Möglichkeit, im nuklearen Nichtverbreitungsvertrag eine Alternative zur Förderung der Atomenergie zu verankern.

Kampagne – „unsere zukunfts atomwaffenfrei“: Was steht an?

Die Gipfelzeit ist vorbei. Obama hat sich für eine atomwaffenfreie Welt ausgesprochen, und Steinmeier will mit den USA über den Abzug ihrer Atomwaffen aus Deutschland reden. Nur die CDU und die Kanzlerin zögern noch. Nun müssen wir Druck ausüben, damit es nicht nur Ankündigungen bleiben, sondern Realität wird. So nah am Ziel waren wir noch nie.

Grundsätzlich gilt: Alle Schritte in Richtung nukleare Abrüstung sind zu begrüßen. Politiker, die sich entsprechend äußern, sollten ermuntert werden, konsequent weiterzugehen bis zur Verwirklichung von Verhandlungen über die Nuklearwaffenkonvention.

Walpurgis-Nacht (30.04): Start von dezentralen Besenaktionen

Mit dezentralen Besenaktionen „Vor der eigenen Tür kehren“ wollen wir beginnen, uns in die anstehenden Wahlkämpfe einzumischen. Unionsabgeordnete fordern wir durch Kehractionen vor ihren Wahlkreisbüros auf, endlich dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung zu entsprechen und dem Abzug der Atomwaffen zuzustimmen.

Wir haben drei Ideen zur Umsetzung einer Kehraction:

- Bombenattrappe wegkehren
- Standbild mit Besen (beim Kehren in der Bewegung „einfrieren“, andere verteilen Flugblätter)
- Besen an Abgeordnete überreichen



Für die Besen gibt es eine kleine Fahne zum anheften. Sie kann auf der Homepage www.atomwaffenfrei.de heruntergeladen werden, ebenso das Flugblatt: „ich wähle atomwaffenfrei.“

Diese Aktionen sollen fotografiert werden und jeweils dazu eine lokale Pressemeldung gemacht werden. Außerdem bitte Termine, Ort der Aktion, Fotos und Berichte an xanthe@ippnw.de schicken! Sie werden dann auf der Homepage veröffentlicht.

SICHERHEITSKONFERENZ MÜNCHEN

Ein neuer Mann – ein neuer Stil

WOLFGANG ISCHINGER ÖFFNET DIE TÜR FÜR EINEN VERTRETER DER FRIEDENSBEWEGUNG



Der neue Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, mit dem ersten Beobachter der Friedensbewegung, Thomas Mohr, der in den Bayrischen Hof eingeladen war.

Bei der Münchner Sicherheitskonferenz wurde in diesem Jahr erstmals ein Beobachter der Friedensgruppen eingeladen. Das ist das Verdienst der Gruppe „Münchner Sicherheitskonferenz gewaltfrei verändern“, die seit 2004 stetig arbeitet und mit dem Veranstalter Wolfgang Ischinger im Vorfeld drei Mal sprechen konnte. Der FreiRaum dokumentiert die Eindrücke des Beobachters.

Als Beobachter konnte ich mich im Konferenzzentrum zwar recht frei bewegen - meinen Platz während der Vorträge und Diskussionen hatte ich auf der Galerie - was jedoch in den Hintergrundgesprächen lief und wer sich dort mit wem verabredet hatte, konnte ich selbstverständlich nicht mitbekommen. Ich kann also nicht beurteilen, ob dort überwiegend „Friedensgespräche“ - wie es der frühere Konferenzleiter Teltschik behauptet hatte - oder „Waffengeschäfte“ - wie die Friedensdemonstranten kritisierten - abliefen.

Zum Auftakt forderten Henry Kissinger und Außenminister Steinmeier die Abrüstung der Atomwaffen. Allerdings hätte ich hier gerne etwas von konkreten Schritten zur Umsetzung dieser Vision gehört, was man von einem Außenminister, dem ein ganzes Heer von Beamten zuarbeitet, eigentlich erwarten müsste. Von einem Herrn hinter mir wurde Steinmeiers Rede mit dem halblauten Zwischenruf „Fantast“ quittiert.

SICHERHEIT GEGENEINANDER STATT MITEINANDER

Ein zentraler Satz unserer Arbeit lautet: „Wahre Sicherheit kann nie gegeneinander, nur miteinander erreicht werden.“ Auf der Sicherheitskonferenz wird nach meinem Eindruck „Sicherheit gegeneinander“ deutlich stärker betont, während der Gedanke einer globalen „Sicherheit miteinander“ nur ganz leise zu vernehmen ist.

Das zeigte bei der hochkarätigsten Veranstaltung mit Bundeskanzlerin Merkel, dem französischen Präsidenten Sarkozy und US-Vizepräsident Biden eine Diskussion darüber, wie man die

Bevölkerung von der Notwendigkeit höherer Rüstungsausgaben überzeugen könne. Sarkozy legte mit einer erschreckenden Rede die Spur dafür. Er sagte sinngemäß: „Will Europa Frieden oder will es in Frieden gelassen werden? Wenn Europa Frieden will, braucht es mehr Verteidigung und höhere Rüstungsausgaben, auch gegen den Willen der Bevölkerung.“ Auch Merkel betonte den wichtigen Stellenwert der „militärischen Komponente“.

Ein weiteres Indiz für das Vorherrschen von „Sicherheit gegeneinander“ sehe ich darin, dass die beiden Drei-Gänge-Menüs, zu denen die Teilnehmer und auch ich eingeladen waren, von zwei Rüstungsfirmen - EADS und Krauss-Maffei - gesponsert waren.

DIE UNO FEHLT

Ein weiteres Manko ist jetzt noch zu erwähnen: Während NATO und EU (v.a. ESVP) in den Debatten eine große Rolle und die OSZE zumindest eine Nebenrolle spielte, war die UNO überhaupt nicht präsent - eine schlechte Voraussetzung, wenn man sich auf den Weg zu einer Weltgemeinschaft mit weltweiter kollektiver Sicherheit machen möchte.

VOM BEOBACHTEN ZUM DIALOG

Für die nahe Zukunft wünsche ich mir, dass auf der Sicherheitskonferenz die Kompetenz der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) einbezogen wird und dass dort auch Friedensforscher und Fachleute für zivile Konfliktbearbeitung vortragen können. Damit käme die Sicherheitskonferenz unserer Vision von einer „Münchner Konferenz für Frieden in Gerechtigkeit“ einen Schritt näher. Ein Zwischenschritt könnte eine Erhöhung der Zahl der Beobachter aus der Friedensbewegung sein, verbunden mit einem Fragerecht bei den Diskussionen.

Thomas Mohr, Pax Christi, München ●

Weitere Informationen: www.msk-veraendern.de

Hoffungsvolle Diskussionen



MPI-Veranstalter und -Sponsor Henrik Salander, Vorsitzender der MPI, und Staatsminister Gernot Erler aus dem Auswärtigen Amt, das das Artikel-VI-Forum bezuschusste.

Am 29. und 30. Januar 2009 tagte in Berlin das Artikel-VI-Forum. Diplomaten und Nichtregierungsvertreter trafen sich – unter Mitfinanzierung durch das Auswärtige Amt – zu informellem Austausch über den Weg zu einer atomwaffenfreien Welt.

Artikel VI aus dem nuklearen Nichtverbreitungsvertrag ist ein Schlüsseltext. Es ist der Abrüstungsartikel, in dem sich alle „offiziellen“ Atomwaffenstaaten 1970 verpflichtet haben, das Wettrüsten zu beenden und ihre Atomwaffenarsenale komplett abzuschaffen. Dafür fehlt jedoch ein Zeitrahmen. Der Internationale Gerichtshof bestätigte 1996 die völkerrechtliche Verpflichtung. Fast 40 Jahre nach Inkrafttreten des Vertrages könnte man der vollständigen atomaren Abrüstung nun näher gekommen sein.

Das Artikel-VI-Forum wird von der „Middle Powers Initiative“ (MPI) veranstaltet. Diplomaten von Atomwaffenstaaten werden nicht eingeladen, nur solche aus mittelmächtigen Staaten (middle powers), die als „ähnlich denkend“ gelten. Die Idee ist, eine Strategie für die nächste Überprüfungskonferenz auszuarbeiten, um die Abrüstungsagenda voranzubringen.

LOGIK DER NULLLÖSUNG

Am Vorabend stellte Jan Lodal, langjähriger Sicherheitsberater der Republikaner, die „Logik der Nulllösung“ (Logic of Zero) vor. Diese Vision wird in den USA als Obamas Blaupause für die Abrüstung verstanden, nicht zuletzt, weil der Ko-Autor Ivo Daalder als NATO-Botschafter für die USA nominiert wurde.

Lodal propagierte als Ausgangspunkt für alle Abrüstungsgespräche das Ziel „Null Atomwaffen“ zu setzen. In einem ersten Schritt sollten die USA und Russland dies öffentlich erklären, um dann mit der Arbeit zu beginnen. Er schlägt vor, die bisherige Doktrin zurückzunehmen. Atomwaffen sollten bis zur vollständigen Abrüstung nur der atomaren Abschreckung dienen. Die Doktrin des „präventiven Einsatzes“ wäre damit vom Tisch. In einem zweiten Schritt sollten die US-amerikanischen und russischen Atomwaffen auf jeweils 1.000 Sprengköpfe reduziert werden.

NUKLEARWAFFENKONVENTION

Henrik Salander, der neue Vorsitzende der MPI, plädierte ebenfalls für realistische kleine Schritte, allerdings sollten sie in einen größeren Rahmen eingebettet sein, in die Nuklearwaffenkonvention (NWC). MPI will die Forderung nach einer NWC vorrangig betreiben, seitdem UN-Generalsekretär Ban-Ki Moon im letzten Oktober die NWC als möglichen Weg zu einer atomwaffenfreien Welt vorgeschlagen hat. Daher widmete das Forum dem Thema NWC ein ganzes Plenum. Den Modellentwurf der Nuklearwaffenkonvention stellte Kernphysiker Dr. Jürgen Scheffran von INESAP vor. Die Abschaffung der Atomwaffen solle in fünf Phasen erfolgen, angefangen mit der Senkung der Alarmstufen und der Schließung von Anlagen zur Forschung und Herstellung von Atomwaffen bis hin zur Zerstörung aller Atomwaffen. Sehr wichtig sei das Verifikationssystem, das den Prozess begleiten und kontrollieren müsse. Während das langfristige Ziel die Nuklearwaffenkonvention ist, wurden im Forum auch Einzelfragen detailliert besprochen wie z.B. die US-russischen Beziehungen, die Weiterverbreitung und das strategische Konzept der NATO.

FAZIT

Das Artikel-VI-Forum eröffnete die Diskussion über Modelle auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt. Der Bogen der Debatte reichte von der „Vision“ einer Welt ohne Atomwaffen bis hin zu konkreten praktischen Vorschlägen. Nach der Wahl von Präsident Obama waren die TeilnehmerInnen in Berlin nun guter Dinge. Die Arbeit, die wir so lange machen wollten, kann jetzt begonnen werden. Auch wenn man noch nicht wusste, wie Obamas neue Atomwaffenpolitik aussehen wird, die Zuversicht war spürbar, dass wir Positives zu erwarten haben.

Xanthe Hall, Abrüstungsreferentin der IPPNW ●

Was ist mit der Petition Atomwaffenfreies Deutschland?

Die Petition ist im parlamentarischen Beratungsprozess. Die Regel ist, dass mindestens ein Abgeordneter der Regierung und ein Abgeordneter der Opposition als Berichterstatter benannt werden. Diese Petition fand ein Oppositionsabgeordneter so interessant, dass er sich als dritten Berichterstatter benennen ließ. Der Bericht des ersten Abgeordneten ist fertig. Beim zweiten ist die Petition in der Bearbeitung. Ob die Petition noch in dieser Legislaturperiode beschieden wird ist offen. Voraussetzung wäre, dass alle drei Berichterstatter zum gleichen Ergebnis kommen. Andernfalls wird der Petitionsausschuss über die unterschiedlichen Voten beraten müssen. Wenn dies bis zum Ende der Legislaturperiode nicht abgeschlossen ist, dann wird die Petition, anders als ein Antrag, im nächsten Bundestag behandelt.

Offener Brief an den Außenminister

Der Kampagnenrat „unsere zukunftsatomwaffenfrei“ begrüßt die an Ostern gemachte Ankündigung Steinmeiers, mit den USA nicht nur über die in Deutschland gelagerten US-Atomwaffen zu reden, sondern ihren Abzug zu fordern. In einem offenen Brief an den Außenminister betonen die Sprecher der Kampagne: „Ein atomwaffenfreies Deutschland ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur atomwaffenfreien Welt. Es würde die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung als Vermittler zwischen Atomwaffenbesitzenden Staaten und nach Atomwaffen strebenden Staaten erhöhen, wenn auf deutschem Boden keine Atomwaffen liegen würden.“ Der Außenminister soll der Vorbereitungscommission zur Überprüfungskonferenz des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages im Mai 2009 in New York seine Aktivitäten international kundtun. Steinmeier wird auch zu weitergehenden Schritten aufgefordert: „Wir sehen in Verhandlungen zu einer Nuklearwaffenkonvention – also einem für alle bindenden Vertrag über die Abschaffung und das Verbot von Atomwaffen – ein Mittel, den Weg zur atomwaffenfreien Welt konsequent fortzusetzen.“ Steinmeier soll über Bemühungen über ein atomwaffenfreies Deutschland hinaus „für den Beginn von Verhandlungen zur vollständigen Abrüstung aller Atomwaffen eintreten.“

Der FreiRaum sprach mit Rainer Arnold, dem verteidigungspolitischen Sprecher der SPD

Welche Chancen sehen Sie in der Wahl Obamas? Es kann entscheidende neue Abrüstungsschritte geben. Voraussetzung ist ein partnerschaftlicher Umgang. Kritisch sehe ich die Pläne für ein Radar in Tschechien und Abwehrraketen in Polen. Die Entscheidung darüber darf nicht im Alleingang getroffen werden.

Welche Schritte erwarten Sie von der deutschen Regierung? Unser Außenminister hat sich auf der Münchner Sicherheitskonferenz für eine neue Sicherheitsarchitektur und für einen partnerschaftlicheren Umgang mit Russland ausgesprochen mit dem Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt. Wichtig ist eine Fortschreibung des NATO-Konzeptes.

Wird die NATO das Konzept der nuklearen Abschreckung aufgeben? Man darf sich keine Illusionen machen, eine einseitige Selbstbeschränkung wird es nicht geben. Das gilt für die USA, aber auch für Frankreich und Großbritannien. Das Ziel einer atomwaffenfreien Welt erreicht man nicht von heute auf morgen. Abrüstung muss symmetrisch und stufenweise erfolgen.

Wie wollen Sie mit der nuklearen Teilhabe Deutschlands umgehen? Ich bin dafür, die technische nukleare Teilhabe aufzugeben. Die Bundeswehr soll zukünftig keine Lagerstätten und Tornados mehr zur Verfügung stellen. Die politische nukleare Teilhabe sollten wir aufrecht erhalten und nicht aus der Hand geben, um uns Informations- und Mitsprachemöglichkeiten zu erhalten.

Wie sieht dies mit Blick auf die anstehenden Wahlen aus? Der aktuelle Koalitionsvertrag enthält dazu nur allgemeine Formulierungen. Mehr war mit dem Koalitionspartner nicht zu machen. In einem zukünftigen Koalitionsvertrag könnte ich mir klarere Formulierungen vorstellen, denn durch die Wahl Obamas kommt jetzt auch endlich bei der Union etwas in Bewegung.

Ist Deutschland bis 2010 atomwaffenfrei? Militärisch haben die Bomben keinen Zweck mehr. Ich halte das für wünschenswert, es wäre ein positives Symbol.

Wolfgang Schlupp-Hauck ●

Rainer Arnold steht den FreiRaum-Lesern Rede und Antwort. Mehr dazu auf der Rückseite

Luftwaffe will Angriffsflüge und Atombombenabwürfe üben

Die Vermutung, die Bundeswehr könnte im Zuge der Umstellung von Tornados auf Eurofighter selber das Ende der nuklearen Teilhabe einläuten, scheint sich nicht zu bestätigen.



Foto: HPR

Ostermarsch zum Bombodrom, einer der vielen Protestwanderungen gegen die Bundeswehrpläne auf der Wittstocker Heide.

Der Generalinspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Stieglitz, veröffentlichte im August 2008 das „Konzept für die Nutzung der Luft/Boden-Schießplätze in der Bundesrepublik Deutschland“. In dem als „Verschlussache“ klassifizierten Konzept steht: 85 Tornados will die Luftwaffe behalten, ihre Besatzungen sollen den Abwurf „ungelenkter Munition“ üben. Das Verfahren zum Abwurf von Atombomben, das sogenannte Loft-Verfahren, könne in Nordhorn und Siegenburg nicht geübt werden, nur Wittstock sei dafür groß genug. Die Bundeswehr will diesen ehemaligen Luft-Boden-Schießplatz der sowjetischen Luftwaffe nutzen. Sie will also weiter für die völkerrechtswidrige nukleare Teilhabe üben.

NATO-ATOMBOMBEN-ÜBUNGEN

Im „ACO FORCES STANDARDS VOLUME VI“ (SHAPE Tactical Evaluation Manual) wird neben anderem das Verfahren bei der Umsetzung der „nukleare Teilhabe“ geregelt. Darauf wird im jetzt vorliegenden Nutzungskonzept auf Seite 3 bei den Grundlagen und Rahmenbedingungen Bezug genommen. Auf Seite 9 heißt es dann: „Alle Luftfahrzeugbesatzungen (LFB) TORNADO sind zum Einsatz ungenekter Abwurfmunition gem. ACO FORCES STANDARDS Volume VI zu befähigen.“ Dass tatsächlich weiter für Atombombenabwürfe geübt werden soll, zeigt weiter ein Satz auf Seite 10, der den Bedarf „an Einsätzen im Rahmen der Nuklearen Teilhabe“ aus dem genannten NATO-Dokument ableitet.

An mehreren Stellen wird bedauert, dass das LOFT-Verfahren, der Schulterwurf, das Flugmanöver zum Abwurf von Atombomben, nur in Wittstock geübt werden könne – nur Wittstock sei dafür groß genug. Dem Bombodrom in Wittstock kommt daher eine wichtige Bedeutung für die Fortführung der nuklearen Teilhabe zu.

ANGRIFFSFLÜGE

Schon die Sprache des Luftwaffenkonzeptes ist ganz anders als die Sprache in Verlautbarungen des Verteidigungsministeriums, die für die Öffentlichkeit bestimmt sind, beispielsweise im Weißbuch. Offen werden die Bezeichnungen „Luftangriff“ und „Luftangriffskräfte der Bundeswehr“ gebraucht.

Es verweist auf den Entwurf für das „Bewaffnungskonzept für fliegende Plattformen der Luftwaffe.“ Bewaffnete fliegende Plattformen sind Angriffswaffen. Sie gehören zur Kategorie Unmanned Aerial Vehicle (UAV), d.h. unbemanntes Luftfahrzeug. Über Satellitenkommunikation und eine Bodenkontrollstation (auch mobil) können sie weltweit mit ihren Bordraketen angreifen. Die USA und Israel haben solche Waffensysteme eingesetzt, um gezielt Menschen in Palästina, Afghanistan, Irak, Syrien und Pakistan zu töten.

Neu in dem Konzept ist die Aussage, dass die Bundeswehr in Zukunft verstärkt taktische Einsatzverfahren im Zusammenwirken von Luft- und Bodentruppen üben will und dass diese Übungen im Wesentlichen in Wittstock stattfinden sollen.

In den achtziger Jahren entwickelten US-amerikanische Militärs die Strategie der „AirLand Battle“. Hier wurde erstmals die Strategie der Kriegsverhinderung durch Abschreckung verlasen und eine Strategie entwickelt, wie moderne Kriege unter Einsatz des gesamten Waffenarsenals von Luftwaffe, Heer und Marine führbar gemacht werden. Auch der Ersteinsatz taktischer Atombomben war durch die NATO in diesem Zusammenhang erstmals geplant. Was wir derzeit erleben, ist die Weiterentwicklung dieser Strategie für die aktuellen und zukünftigen Kriege um Ressourcen und Vorherrschaft in der Welt.

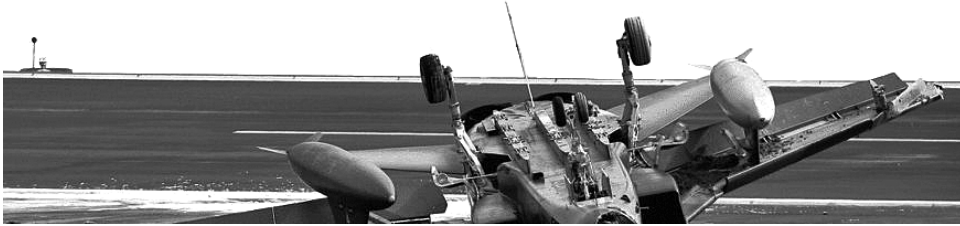


Hans-Peter Richter ●

Atomwaffenstandort Büchel in der Eifel: Bundeswehr-Tornado verunglückt

Schleudersitz rettet Piloten in letzter Sekunde

Bruchlandung auf dem Eifel-Fliegerhorst Büchel: Bundeswehr-Tornado überschlägt sich nach dem Aufsetzen – Piloten katapultieren sich ins Freie – Ursache unklar



Der Bücheler Tornado (knapp 14 Meter breit) nach der Bruchlandung. Die Zusatztanks sind noch an den

Im März beim Tornado-unfall am Atomwaffenstandort Büchel verzichtet die Rhein-Zeitung auf die üblichen Anführungszeichen.

SOMMERCAMP BÜCHEL VOM 11. JULI BIS 9. AUGUST 2009

Friedenseskation für eine atomwaffenfreie Welt

In der Friedensbewegung gibt es ganz verschiedene Arten der Friedensarbeit. Die einen helfen mit, die Thematik in der Gesellschaft zu verankern, Reformer schöpfen die offiziellen Möglichkeiten aus (Gerichte, Parteien, Lobbyarbeit), Rebellen nehmen das Ziel zeichenhaft vorweg, AktivistInnen arbeiten an dauerhaften Organisationen und am Wandel des Grundkonsenses. Für die ganz verschiedenen Zugangsweisen hat der Initiativkreis gegen Atomwaffen eine Fülle von Vorschlägen erarbeitet:

- Beteiligung am Volkswandertag des Bücheler Eifelvereins. Wir wandern in T-Shirts mit unserer Botschaft mit und verwickeln viele in ein Gespräch, fragen und lassen uns in Frage stellen!
- Während des Camps werden in den Dörfern ringsum Geldscheine unserer Friedenswährung verteilt: Für einen begrenzten Zeitraum kann die Arbeitskraft von einem Campteilnehmer oder einer Campteilnehmerin für eine Stunde in Anspruch genommen werden: Im Garten, beim Putzen, Einkaufen etc. – so entstehen Kontakte. Es gilt, das Arbeitsplatzargument zu knacken: Die Atomwaffen vernichten Arbeitsplätze, sie sichern sie nicht!
- Tag der offenen Tür des Atombombengeschwaders. Erwartungsgemäß wird der Termin erst kurz vorher bekannt gegeben. Hier muss eine Informationskette aufgebaut werden, damit so viele wie möglich mobilisiert werden, um zur HUMANEN INTERVENTION überzugehen: Wir begegnen den Soldaten und ihren Familien mit ausgesuchter Freundlichkeit und kommen miteinander ins Gespräch: Werden wir nicht hinein gelassen, bauen wir am Eingang kleine Infostände auf mit verschiedenen Leckereien: „Beißen Sie an! Machen Sie mit!“
- Während solch eines Tages der offenen Tür können einige sich verabreden und als Bezugsgruppe entsprechend vorbereitet am Ende des Tages sich zu einem bestimmten Zeitpunkt auf den Boden setzen, etwa mit der Parole „We'll stay until nukes away!“
- Der moderne Schatzsuche GEO-CACHING wird rund ums Atomwaffenlager vorbereitet! Dinge werden versteckt, die Koordinaten im Internet veröffentlicht und mit GPS gesucht.
- Zwei verschiedene GO-IN-AKTIONEN: Zum einen in kleinen Bezugsgruppen und selbstverantwortet, hinter dem Zaun ist Schluss. Dann mit

möglichst vielen, mit Rosen in beiden Händen gehen wir auf den Zaun zu, um ihn zu übersteigen und den Menschen hinter dem Zaun eine Rose zu schenken: „Wenn wir Hausfriedensbruch begehen, weil wir unerlaubt herein gekommen sind, begehen Sie hier WELTFRIEDENSBRUCH! Bitte gehen Sie raus!“

- Dann überlegen wir Blockaden verschiedener Art durchzuführen – und unterschiedliche Aktionen um den Hiroshima-Gedenktag herum.
- Am Samstag, den 8. August ist am Abend ein Konzert geplant
- und am 9. August ab 11.00 Uhr eine Demonstration, am Atomwaffenlager entlang mit einer Abschlusskundgebung am Haupttor.

Weil der Commodore mich darauf hinwies, dass es den Politikern in Berlin egal ist, welchen Zusatzaufwand unsere Aktionen den Soldaten in Büchel bereiten, brachte er mich auf die Idee einen TRANSMISSIONSRIEMEN BÜCHEL-BERLIN zu bilden: Immer wenn eine Aktion in Büchel läuft, veranstalten Freunde und Freundinnen der Friedensbewegung eine Mahnwache vor dem Haus der einzig verbliebenen Partei, die bislang noch keinen sofortigen Abzug der Atomwaffen aus Deutschland gefordert hat, der CDU; z. B. mit der Frage: „Wollt ihr ‚DIE Atomwaffenpartei‘ genannt werden?“

Es wäre außerordentlich sinnvoll, wenn sich so viele wie möglich an diesen o. ä. Aktionen in der Camp-Zeit beteiligen – und wenn gleichzeitig eine Gruppe in Berlin dafür sorgt, dass unsere Aktionen auch dort sichtbar werden: Deutschland atomwaffenfrei!

Dr. Matthias Engelke, Nettetal-Lobberich ● Initiativkreis gegen Atomwaffen / Regionalgruppe des Internationalen Versöhnungsbundes

Strafbefehle wegen „Ziviler Inspektion“ in Büchel am 30.8.2008

Als im Anschluss an die Demo von rund 2000 Menschen am Bücheler Militärflugplatz im vorigen Sommer über 30 Aktive versuchten, den Zaun des Fliegerhorsts zu überklettern, wurden mindestens 27 von ihnen für einige Stunden in polizeilichen Gewahrsam genommen. Dreien von ihnen – alle aus Antwerpen – war das Go-In tatsächlich gelungen. Sie haben inzwischen vom Amtsgericht Cochem Strafbefehle wegen Hausfriedensbruchs bekommen. Es wurden Geldstrafen von jeweils 15 Tagessätzen gegen sie verhängt.



Am Zaun

Aber auch andere aus ihrer damaligen Bezugsgruppe „Flying Carpets“ erhielten solche Strafbefehle wegen „widerrechtlichen Eindringens“, obwohl sie von der Polizei am Zaunübersteigen gehindert werden konnten. Betroffen davon sind vier weitere Aktive aus Belgien, bei zweien sind die Strafbefehle bereits angekommen, bei den anderen sind sie offenbar unterwegs.

Die Beschuldigten haben Einspruch gegen die Strafbefehle eingelegt. Wenn sie die Einsprüche aufrecht erhalten, werden sie demnächst zu einer Gerichtsverhandlung nach Cochem geladen werden. Falls es zu der Verhandlung kommt, kann diese vielleicht mit einer Aktion von Angeklagten und sympathisierenden ProzessbeobachterInnen in Cochem oder Büchel verbunden werden. Wer über den Verhandlungs- und eventuellen Aktionstermin informiert werden möchte, schreibe an Martin Otto, Frankenstr. 77, 35578 Wetzlar oder sende eine Mail an mariongaaa@gmx.de

Aus den anderen Bezugsgruppen der Go-In-Aktion wird bisher niemand strafverfolgt. Allerdings musste ein Aktionsteilnehmer eine Verfahrensgebühr bezahlen, nachdem er gegen sein Ingewahrsamnehmen Beschwerde eingelegt hatte.

Gefährliche Kollisionen

Zwei Unfälle im Februar machen deutlich, dass über und unter uns die Gefahr nuklearer Verseuchung lauert.

Mitten im Meer

Mitten im Atlantik stießen Anfang Februar ein britisches und ein französisches U-Boot zusammen. Die beiden U-Boote waren mit je 16 Atomraketen bestückt und wurden durch Atomreaktoren angetrieben. Das französische U-Boot Le Triomphant konnte aus eigener Kraft weiterfahren, das britische musste in den Hafen abgeschleppt werden. Das britische U-Boot HMS Vanguard wurde am Heck bei der Schiffschraube erheblich beschädigt. Experten von beiden Seiten behaupten, dass der Unfall durch die extrem hohe Stealthtechnik verursacht wurde und zufällig passierte. Skeptiker sagen, dass der Unfall Folge einer Unterwasserjagd war, bei der das französische Boot das britische jagte.

Egal welchen Grund der Unfall hat, er macht ein enormes Gefahrenpotential deutlich. Denn dauernd werden Hunderte von Atomwaffen durch die Weltmeere transportiert.

Oben im Orbit

Mitte Februar stießen der US-amerikanische Kommunikationssatellit Iridium 33 und der ausgediente russische Satellit Kosmos 2251 zusammen. Durch diesen allerersten Satellitenzusammenstoß entstand eine riesige Wolke von Weltraummüll. Wenn diese Trümmer mit alten Spionagesatelliten, die Atombatterien an Bord haben, zusammenstoßen, dann besteht die Gefahr, dass Wolken mit radioaktiver Strahlung in der Erdumlaufbahn entstehen. In 45 ausrangierten Satelliten US-amerikanischer und russischer Herkunft umkreisen mehrere hundert Kilogramm Plutonium und nahezu eine Tonne Uran unsere Erde. Weltraumschrott ist eine stetig steigende Gefahrenquelle in der Raumfahrt.

EIN WOLF IM SCHAFSPELZ?

Streit um einen Raketenstart in Nordkorea

VON REGINA HAGEN



Der UN-Sicherheitsrat verurteilte am Ostermontag einstimmig den nordkoreanischen Raketenstart und berät verschärfte Sanktionen. Der „Übeltäter“ reagierte prompt: Noch am selben Tage teilte die nordkoreanische Regierung mit, „niemals mehr an Gesprächen über ihr Atomwaffenprogramm teilzunehmen“, außerdem wolle das Land seine Atomwaffenfähigkeiten ausbauen und stillgelegte Produktionsanlagen wieder in Betrieb nehmen.

Der hitzige Streit verweist auf:

- die Schwierigkeit militärische (ballistische) und zivile (Weltraum-) Raketen zu unterscheiden (dual use); ähnlich der Grenze zwischen ziviler und militärischer Nukleartechnologie;
- die Hilflosigkeit der internationalen Gemeinschaft, ungeachtet des nuklearen Nichtverbreitungsvertrags und des Missile Technology Control Regime die Verbreitung militärisch relevanter Nuklear- und Raketentechnologien zu verhindern;
- die Diskriminierung zwischen Staaten, die kritische Militär- und Dual-Use-Technologie besitzen, und dies in der Regel mit der Sicherung des Friedens rechtfertigen und unliebsamen Staaten (Iran, Nordkorea) den sie den Erwerb verwehren wollen.

EINIGE FAKTEN ...

Am 24.2.2009 informierte die nordkoreanische Weltraumagentur die UN über den Anfang April geplanten Satellitenstart einschließlich der voraussichtlichen Flug- und Absturzkoordinaten der Raketenstufen.

Dies führte zu drohender Rhetorik unter Verweis auf Resolution 1718, in der der UN-Sicherheitsrat „beschließt, [...] dass die Demokratische Volksrepublik Korea alle [...] bestehenden Programme für ballistische Flugkörper auf vollständige, verifizierbare und unumkehrbare Weise aufzugeben hat“. Die USA und Japan kündigten an, nordkoreanische Weltraumobjekte im Zweifel abzuschießen.



Die auf US-Schiffen in Stellung gebrachten Ägäis-Abwehrraketen wurden nicht eingesetzt.

Um seine Übereinstimmung mit dem Völkerrecht zu betonen hinterlegte Nordkorea am 10.3.2009 seine Ratifikationsurkunden für den internationalen Weltraumvertrag und die UN-Konvention über die Registrierung von Weltraumobjekten. In den folgenden Wochen wurden mit Hilfe zahlreicher Aufklärungssatelliten die Vorbereitungen für den Raketenstart beobachtet. Der Start der Unha-2-Rakete am 5. April misslang, ein Satellit wurde nicht ausgesetzt. Dennoch konnte Nordkorea mit dem Test wichtige Erfahrung sammeln: Die weiterentwickelte erste und zweite Raketenstufe sowie das Lenksystem funktionierten wohl gut; die Reichweite lag bei etwa 3.800 km, das reicht z.B. zum Beschuss des pazifischen US-Stützpunktes Guam aus. Zu einer Atomrakete reicht es jedoch noch nicht. Die benötigt eine höhere Nutzlast, einen Sprengkopf, der den Wiedereintritt in die Erdatmosphäre unbeschadet übersteht, und Zuverlässigkeit.

... UND LÖSUNGSANSÄTZE

Phil Smith von der Secure World Foundation betonte dass Nordkorea, ob es uns und den USA das gefällt oder nicht, gemäß dem Weltraumvertrag natürlich das Recht auf den Start eines zivilen Satelliten habe. Andernfalls würde das „doch faktisch bedeuten, dass der Weltraum nicht allen Ländern für wissenschaftliche und Forschungszwecke zugänglich ist.“ Schon vor etlichen Jahren wiesen NGOs unter dem Titel „Beyond Missile Defense“ auf ein Bündel von Maßnahmen zur Lösung der Raketenbedrohung hin, bis hin zur allseitigen Einstellung von Raketentests (oder sind die laufenden Tests von Atomraketen durch die USA und Frankreich etwa weniger kritikwürdig als iranische und nordkoreanische Raketenstarts?) und umfassende Vereinbarung zur Abrüstung von Raketen durch alle Seiten. Das gleiche gilt für die nukleare Bedrohung, der NGOs durch eine als Entwurf vorliegende Nuklearwaffenkonvention mit einem umfassenden, schrittweisen und überprüfbaren Maßnahmenkatalog begegnen wollen. Ergänzt werden müssten diese Schritte durch ein internationales Verbot von Weltraumwaffen und entsprechenden Tests.

Bildquelle: www.missiledefenseadvocacy.org

Schwäbische Mayors for Peace schmieden Pläne

Ein regionales Treffen der Mayors for Peace fand im Januar im katholischen Gemeindehaus in Kirchheim unter Teck statt. In dessen Rahmen referierten der Journalist Andreas Zumach und der Vorsitzende der Mutlanger Friedenswerkstatt, Wolfgang Schlupp-Hauck. Die Bürgermeister verabschiedeten eine gemeinsame Erklärung.

Foto: Rathaus Kirchheim



Oberbürgermeisterin
Matt-Heidecker

Oberbürgermeisterin Angelika Matt-Heidecker: „Da ich als Oberbürgermeisterin Verantwortung für die Sicherheit des Lebens und des Eigentums der Bürger und Bürgerinnen trage, sehe ich mich in der Pflicht, für eine atomwaffenfreie Welt einzutreten“. Hiroshima und Nagasaki hätten gezeigt, dass bei atomaren Einsätzen kein Rettungsplan helfe.

Neben zahlreichen Vertretern ortsansässiger Friedensgruppen kamen sowohl der Oberbürgermeister von Nürtingen als auch die Bürgermeister kleinerer Gemeinden wie Salach, Köngen und Heiningen.

Das Motto „Vor der eigenen Türe kehren“ der Kampagne „unsere zukunfts atomwaffenfrei“ wurde auch zum Motto der anwesenden Bürgermeister bei ihrer Aussprache über die kommunalen Aktivitäten. Da die letztjährige „Radtour für eine atomwaffenfreie Welt“ ein großer Erfolg war, wird sie dieses Jahr im Juli wiederholt.

„Gerade im Wahljahr ist das außerordentlich spannend“, meinte der Nürtinger Oberbürgermeister Otmar Heirich.

Der Vorschlag, eine besondere Beschilderung am Ortseingang über die Mitgliedschaft bei MfP anzubringen, wurde kontrovers diskutiert. Zustimmung fand die Lösung eines Hinweises auf der Homepage der jeweiligen Städte und Gemeinden mit dem internationalen Logo verbunden mit einem Link zur deutschen und internationalen Homepage der MfP.

Um ein Signal zu geben wurde eine Abschlussklärung verabschiedet, in der die Bürgermeister ihre Forderung an die Mitglieder des Bundestages bekräftigen, sich nachdrücklich für den Abzug der im rheinland-pfälzischen Büchel stationierten Atomwaffen einzusetzen sowie für den Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe der Bundesrepublik Deutschland. Neben der Analyse der aktuellen Situation fordert die Erklärung weiterhin, dass bei der Überprüfungs-konferenz 2010 der Außenminister oder die Kanzlerin bekannt geben solle, Deutschland sei atomwaffenfrei.

Natalie Pfau ●



Foto: Tobias Bollinger

Nach guten Erfahrungen 2008 gibt es auch in diesem Jahr wieder eine Regio-Tour.

PACEMAKERS-REGIO TOUR 2009

Nach dem erfolgreichen Auftakt im Jahr 2008 startet am Samstag, den 25. Juli 2009 um 10:00 Uhr in Kirchheim/Teck die 2. Pacemakers-Regio-Rad-Tour für die Abschaffung aller Atomwaffen. In diesem Jahr haben wir die Strecke etwas ausgeweitet und als neue Station Nürtingen aufgenommen. Wir werden von Kirchheim/Teck über Ebersbach, Esslingen und Nürtingen zurück nach Kirchheim/Teck fahren. Entlang der Strecke werden wir von mehreren Bürgermeistern für den Frieden (Mayors for Peace) empfangen.

Insgesamt neun Ober-/BürgermeisterInnen unterstützen die Aktion, und einige von ihnen werden die Gesamtstrecke bzw. Teilstrecken mitradeln. Mit dieser Resonanz sind wir sehr zufrieden, trotzdem wollen wir unterwegs weitere Bürgermeister für die Mayors for Peace gewinnen. Die Pacemakers sind eine Initiative

der DFG-VK Baden Württemberg, die seit 2005 sportliche Leistungen mit dem Ziel einer friedlichen und gerechten Welt ohne Atomwaffen verbindet. Wir haben uns dieser Initiative angeschlossen und möchten, auf regionaler Ebene in Zusammenarbeit mit den Mayors for Peace, das Ziel einer atomwaffenfreien Welt bis 2020 in die Öffentlichkeit tragen.

Die Regio-Tour wird getragen von der Friedensbewegung im Neckar-Fils-Raum. Namentlich: Sozialer Friedensdienst Göppingen e.V. (SFD), Zukunftswerkstatt Kirchheim/Teck, Friedensbündnis Esslingen und die Friedenswochen.

Über MitradlerInnen freuen wir uns natürlich

Für das Orga-Team Tobias Bollinger ●

Hamburg wieder bei Mayors for Peace aktives Mitglied

Auf Antrag der GAL-Bürgerschaftsfraktion bestätigte Hamburg im Februar seine Mitgliedschaft bei Mayors for Peace. „Damit werden Hamburg und Hamburgs Bürgermeister Teil einer breiten Bewegung für Abrüstung“, sagte Andreas Waldowsky, Sprecher für Europa und Internationales der GAL-Bürgerschaftsfraktion. „Die schwarz-grüne Koalitionsregierung hat sich vorgenommen, neben Städten wie Berlin, Frankfurt am Main, Köln, München oder Stuttgart auch ein kraftvolles Zeichen gegen Atomrüstung und für den Frieden zu setzen“, sagte der Abgeordnete. Der bisherige Amtsinhaber, Herr von Beust, hat sich mehrfach geweigert, in diesem überparteilichen Gremium mitzumachen. Der früherer Hamburger Bürgermeister von Dohnany hatte Hiroshima die Unterstützung Hamburgs zugesichert, doch von Beust wollte davon nichts wissen.

Protest in Brüssel

Um gegen das noch von US-Präsident Bush initiierte europäische Sternenkriegsprojekt zu protestieren, reisten am 18. Februar 40 tschechische Bürgermeister nach Brüssel. Hunderte von Demonstranten begleiteten sie. Ganz in Weiß gekleidet als „Unsichtbare“ symbolisierten sie die europäische Bevölkerung, die nie zu den Plänen befragt wurde. Auch in anderen europäischen Hauptstädten gab es Solidaritätskundgebungen vor den Parlamenten.

Die Bürgermeister trafen sich mit Europaabgeordneten und belgischen Senatoren.

Jan Neroal, der Sprecher der Bürgermeister betonte, dass 70 Prozent der tschechischen Bevölkerung gegen das Projekt seien und 13 Präsidenten der 14 Regierungsbezirke. Jan Tamas, ein junger gewaltfreie Aktivist aus Tschechien freute sich, dass mit der Aktion der Protest an die richtige Stelle getragen wurde, „denn die geplante Radarbasis in Tschechien ist nicht nur unser Problem, sondern betrifft die gesamte europäische Bevölkerung.“

Bitte beachten Sie die Beilage von NATURSTROM. Wenn Sie zu NATURSTROM wechseln, dann erhält der FreiRaum eine Prämie von 10 €. Sie können so unsere Arbeit unterstützen und etwas für die Umwelt tun.

NATO-ZU

Die Nachrichten vom NATO-Gipfel bestimmten die Gewaltbereiten der NATO, der Polizei und der Protestierenden. Doch es gab erfolgreiche gewaltfreie Blockaden in Straßburg inmitten der Gewalt.

Am 4. April 2009 blockierten mehr als 200 AktivistInnen der Gruppe „NATO-ZU“ – eine internationale gewaltfreie Initiative von verschiedenen Friedensorganisationen – erfolgreich gewaltfrei eine der nördlichen Zugangstraßen zum Tagungsort des NATO-Gipfels. Zur selben Zeit führten andere Gruppen des Bündnisses „Block-NATO“ mit jeweils 500 Menschen zwei weitere erfolgreiche Blockaden auf wichtigen Zufahrtsstraßen in der Innenstadt durch. Sie wurden anfangs von der Polizei mit Tränengas angegriffen, dann beruhigte sich die Lage. Alle Blockaden funktionierten mehrere Stunden, bis die Gruppen beschlossen, ihre Aktion aufzuheben, um sich der Demonstration anzuschließen.

Diese drei Blockaden zeigten, dass es sogar in solch einer eskalierten Situation möglich war, gewaltfrei zu blockieren und den NATO-Gipfel mit dieser Aktion zivilen Ungehorsams zu stören. Während später am Tag die Gewalt im Bereich des Straßburger Hafens ausbrach, wo die internationale Demonstration stattfand, stellte die sorgfältige Vorbereitung der Blockaden sicher, dass es keine Gewalt vonseiten der AktivistInnen gab.

Der Erfolg wurde überschattet von Bildern der Gewalt und von den massiven und martialischen Einsätzen der Polizei gegen friedliche DemonstrantInnen.

Es bleiben Fragen zu klären, wie: Warum war es trotz derartig großem Polizeiaufgebot möglich, dass es zu solchen Ausschreitungen kommen konnte? Warum griff die Polizei nicht gegen Brandstifter ein? Journalisten haben bestätigt: als im Ibis-Hotel der Brand gelegt wurde, standen nur 200 m entfernt Hundertschaften der Polizei und sahen über 1,5 Stunden dem Geschehen tatenlos zu.

Annet Gnas, Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden

Informationen, Fotos und Berichte über die Aktionen Zivilen Ungehorsams in Straßburg sind zu finden unter www.nato-zu.de

PLANSPIEL FÜR EIN ATOMWAFFENFREIES DEUTSCHLAND – EIN ERFAHRUNGSBERICHT

Im Gespräch mit Abgeordneten und in ihrer Rolle

Vom 28.02. bis 2.03. kamen in Berlin 20 Studierende zusammen. Eingeladen zu einem Planspiel hatte der Projektkreis „Politische Bildung zu Atomwaffen“, dem auch die Friedenswerkstatt Mutlangen angehört. Über die drei erlebnisreichen Tage berichtet eine Teilnehmerin.



Foto: IPPNW

Die Planspieltruppe versammelt sich im IPPNW-Büro zum Gruppenbild.

Die meisten von uns waren in verschiedenen Studiengruppen der IPPNW engagierte angehende Mediziner und Medizinerinnen, doch auch Philosophie, Geschichte, Politikwissenschaft und Psychologie waren vertreten.

WIR LERNEN FÜR UNSERE ROLLEN

Alle hatten sich auf einen Themenbereich vorbereitet. Am Wochenende beleuchteten wir in Referaten wichtige Aspekte wie die Geschichte der Nato, den Atomwaffensperrvertrag, den Entwurf einer Atomwaffenkonvention. Man hätte eine Stecknadel fallen hören können bei der Information über möglichen falschen Bombenalarm, zum Beispiel dadurch, dass ein Satellit Sonnenlicht mit einer sich nähernden Rakete verwechselt oder bei der Darstellung der Folgen eines Atomkrieges für den Menschen. Experten führten uns dann näher an den politischen Diskurs heran.

Die Anwendung des neuen Wissens erfolgte bereits am ersten Abend: aufgeteilt in Regierungs- und Oppositionspartei debattierten wir über einen fiktiven Antrag zum Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland. Eine rhetorische Herausforderung, die den Adrenalinausstoß erhöhte und großen Spaß machte!

WIR BESUCHEN ABGEORDNETE

Am Montag konnten wir direkt mit Abgeordneten verschiedener Fraktionen ins Gespräch kommen und uns über die Themen nukleare Teilhabe und Abrüstung informieren. Mit meiner Gruppe der CDU/CSU-Fraktion zugeteilt erwartete ich, dass mir das Gespräch Verständnis für die eher konservative Position der Regierungsparteien verschaffen würde. Das Gegenteil war der Fall. Erstaunt stellten wir fest, dass die Mitarbeiter der Abgeordneten viele Wissenslücken hatten und die Position ihrer Fraktion nicht immer kannten. Erschüttert waren wir darüber, dass die Abschreckungsdoktrin aus der Zeit des

Kalten Krieges noch lebhafte Unterstützung findet und damit neue Ideen (der Opposition) durch alte Denkstrukturen gebremst werden. Am meisten jedoch schockierte uns die Bemerkung, dass die US-Waffen in Deutschland nur „einen kleinen Wumms“ machen würden, falls sie zum Einsatz kämen. Ich bezweifle jedoch nicht, dass wir im Gespräch mit unseren interessierten und kritischen Fragen den einen oder anderen Denkansatz geben konnten

WIR SCHLÜPFEN IN UNSERE ROLLEN

Am Abend trafen wir uns im Reichstagsgebäude. Im Sitzungssaal der Partei der Grünen spielten wir dann eine Bundestagsdebatte nach. Bis zur letzten Minute glichen wir in unseren Fraktionen Argumente ab und feilten Formulierungen aus, bis schließlich die Bundestagspräsidentin des Abends die Debatte eröffnete. Zwischenrufe und provozierende Fragen aus dem Plenum machten unsere Debatte verblüffend echt. Und wie im wahren Leben wurde auch bei uns der Antrag der Fraktionen der FDP, DIE LINKE und der GRÜNEN „Für eine atomwaffenfreie Zukunft – Atomwaffen aus Deutschland abziehen“ von den Koalitionsfraktionen abgelehnt, mit 7 zu 4 Stimmen.

Ich fühlte mich in meiner Rolle als Ministerin der CDU nicht ganz wohl. Zwar konnte ich nach unserem Gespräch mit den Fraktionsvertretern eine Reihe schlüssiger Argumente vortragen, doch während meiner Rede merkte ich, wie sich die Formulierungen wiederholten und ich nicht überzeugend wirken konnte. Als Gegnerin aller Waffengewalt fiel es mir im Laufe der Debatte sehr schwer, im Sinn der CDU denjenigen Rednern zustimmend zu applaudieren, die sich gegen einen sofortigen Abzug der Atomwaffen aus Deutschland aussprachen. Eine beruhigende Erfahrung!

Sarah Koch ●

Glückwunsch für den Friedensforscher und -aktivist

Am 12. März feierte Wolfgang Sternstein seinen 70. Geburtstag. Die Redaktion des FreiRaum freut sich und gratuliert

Der Friedensforscher Wolfgang Sternstein kämpft nicht nur schreibend und redend für Abrüstung und gewaltfreie Konfliktlösung, sondern er nahm auch mehrmals Drahtschere und Hammer in die Hand. Sein Denken und Tun hat die Friedensbewegung nachhaltig beeinflusst. Die Ideen Gandhis sind für ihn nicht nur Forschungsgegenstand, sondern wurden ihm Leitbild für sein eigenes Leben.



Wolfgang Sternstein

AKTIV IN MUTLANGEN

Zwischen den Zelten des Friedenscamps Mutlangen lernte ich im August 1983 Wolfgang Sternstein kennen. Auf Spaziergängen machten wir uns Gedanken, wie der Widerstand gegen die drohende Stationierung der Pershing-II-Atomraketen weitergehen könnte. Wolfgang Sternstein entwickelte das Bild einer Aktionspyramide: Die breite

Basis bilden Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit, den Mittelteil legale Demonstrationen und die Spitze Aktionen Zivilen Ungehorsams.

Wir Studenten trainierten zivilen Ungehorsam für die Prominentenblockade. Wolfgang Sternstein plante schon einen Schritt weiter für den Fall der Stationierung, um den gewaltfreien Widerstand zu eskalieren. Er wollte in ein Atomwaffenlager eindringen und dort Atomwaffenteile selbst abrüsten. Der Plan für eine deutsche Pflugschar-Aktion war geboren. Quer durch Deutschland bis nach Mutlangen sollte ein Fußmarsch führen. Am 4. Dezember klingelte früh morgens in der Pressehütte das Telefon: Der vierköpfigen Pflugschargruppe war es gelungen in die Hardtkaserne einzudringen und einen Pershingtransporter fahruntüchtig zu machen. Die Aktion löste heftige Diskussionen aus.

Wegen Sachbeschädigung stand Wolfgang Sternstein vor dem Landgericht Stuttgart und verteidigte den „Gottesdienst mit Drahtschere und Hammer“. Die Geldstrafe bezahlte er nicht und ging für 90 Tage ins Gefängnis. Es war nicht seine einzige Inhaftierung. Insgesamt neun mal, bis zu einem halben Jahr, saß Wolfgang Sternstein hinter Gittern. Er wurde zwei Mal freigesprochen, weil Richter seinen Argumenten folgten. Für ihn sind die Festnahmen, die Gerichtspro-

zesse und die Haftzeiten nicht lästige Anhängsel der Aktion, sondern ein wichtiger Bestandteil, um den gesellschaftlichen Diskussionsprozess und Änderungsprozess anzustoßen.

AKTIV AM EUCOM UND IN BÜCHEL

Nach dem Abzug der Pershing II forderte er eine Kampagne für ein atomwaffenfreies Deutschland. Er initiierte die EUCOMunity mit dem Ziel, die US-amerikanische Kommandozentrale EUCOM bei Stuttgart Vaihingen aufzulösen, von wo die in Europa gelagerten US-Atomwaffen befehligt werden. Er beteiligte sich am Aufbau der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen abschaffen und drang in Büchel in den Fliegerhorst ein.

Wolfgang Sternstein arbeitet zur Zeit an einer weiteren Gandhi-Publikation. Wir wünschen ihm und uns, dass seine theoretischen Arbeiten Anerkennung finden und bei vielen Menschen zu praktischer Umsetzung führen.

Wolfgang Schlupp-Hauk ●

Buchtipp: Wolfgang Sternsteins Autobiographie „Mein Weg zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit“ kann in der Pressehütte bestellt werden; 488 Seiten, 50 Fotos. 28,00 €

KEIN SAME SIEHT JEMALS DIE BLUME

Nachruf für Erika Drees, eine aktive Mitstreiterin der GAAA

Dr. Erika Drees, Nervenärztin i.R., ist am 11.1.2009 mit 73 Jahren in Stendal an Krebs gestorben. Sie scheute nicht die Konsequenzen des Zivilen Ungehorsams, ging dafür 15 mal ins Gefängnis. Sogar aus dem Sterbehospiz ist sie vor zwei Jahren für eine Nacht zur Castor-Blockade gereist.

1958 studierte sie an der FU Berlin. Durch Kontakte zu DDR-Studenten geriet sie unter Spionageverdacht und kam neun Monate in U-Haft bei der Stasi. Weil sie die DDR trotz allem für das bessere Deutschland hielt, siedelte sie 1960 in den Osten über. Aber der „real existierende Sozialismus“ brachte sie in die Reihen des politischen Widerstands. 1989 gehörte sie zu den 30 GründerInnen des Neuen Forums.



Dr. Erika Drees

1991 sollte ihr das Bundesverdienstkreuz wegen ihrer „Verdienste um die Wiedervereinigung“ verliehen werden. Sie lehnte es ab. Mit der Art und Weise, wie die DDR „abgewickelt“ wurde, war sie keinesfalls einverstanden.

AKTIV GEGEN ATOMKRAFT

Erstmals traf ich Erika Anfang der neunziger Jahre. Wir blockierten das Brennelementewerk Hanau. Unsere Wege sollten uns öfters zusammenführen.

Im Sommer 1999 begleiteten Erika und ich auf Fahrrädern die FriedensreiterInnen zur „AtomwaffenfreiZeit“ der GAAA. Dann beteiligten wir uns am Versuch einer Zivilen Inspektion in Büchel. Ein Jahr später saßen wir deswegen gemeinsam auf der Anklagebank. Um die Völkerrechtswidrigkeit der Atomwaffen feststellen zu lassen, zog sie nach unserer Verurteilung mit Wolfgang Sternstein bis vor das Bundesverfassungsgericht. Dieses ließ sich drei Jahre Zeit, um zu beschließen, sich nicht mit der Verfassungsbeschwerde zu befassen.

AKTIV GEGEN ATOMWAFFEN

Inzwischen war Erika schon wieder dreimal festgenommen worden. Im Frühjahr 2003 saß sie dann wegen der Aktionen in Büchel sechs Wochen lang in der JVA Eisleben.

Auf die Frage, warum sie angesichts der Ignoranz der Justiz nicht resigniere, antwortete Erika: „Ich weiß, dass unsere Bemühungen scheinbar vergeblich sind, aber ein Spruch aus dem Zen-Buddhismus, bestärkt mich nicht aufzugeben: ‚Kein Same sieht je die Blume.‘ Darin liegt meine Zuversicht.“ Als der Richter Erika zu sechs Wochen Gefängnis verurteilte, begründete er dies damit, dass die Angeklagte „in ihrem Alter und mit ihren Vorstrafen ein schlechtes Vorbild für Kinder und Enkel“ wäre. Wir sehen das völlig anders. Für uns ist Erika ein wirkliches Vorbild und bleibt es.

Martin Otto ●

Mehr über Erikas Wirken ist im Internet zu lesen unter http://de.wikipedia.org/wiki/Erika_Drees

Impressum

FreiRaum.

Für eine Welt ohne
Atom- und Uranwaffen.
Für die friedliche Nutzung
des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

Auflage: 2000

Herausgeber:

Gewaltfreie Aktion
Atomwaffen Abschaffen GAAA
c/o Marion Küpker
Beckstr. 14
20357 Hamburg
Tel. 040 - 430 73 32
www.gaaa.org
marionaaa@gmx.de
Bürozeiten:
Wochentags 10.00 - 13.00 Uhr

Pressehütte Mutlangen
Friedens- und Begegnungsstätte
Mutlangen e.V.
Forststraße 3
73557 Mutlangen
Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1
www.pressehuette.de
post@pressehuette.de

Einzelheft: Euro 3.-€ plus Porto

Jahresabonnament:
Euro 12.-€

Für Mitglieder der Friedens- und
Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und
der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
ist der Bezug im Mitglieds-
beitrag enthalten.

Bankverbindungen:

GAAA
GLS Gemeinschaftsbank
Konto-Nr. 8019151200
BLZ 43060967

nur für Abo-Gebühren:
Friedens- und Begegnungsstätte -
FreiRaum
Raiffeisenbank Mutlangen
BLZ 613 619 75, Konto: 55628010

für steuerabzugsfähige Spenden:
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
Kreissparkasse Ostalb
BLZ 614 500 50, Konto: 800268499
Stichwort: Spende FreiRaum
Bitte vollständige Adresse angeben!

Redaktion:

Marion Küpker (mk)
Tel. 040 - 430 73 32
e-Mail: marionaaa@gmx.de

V.i.S.d.P.
Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh)
Tel. 0 71 71 - 18 20 57
e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wieder.

Satz und Layout:
Michael Heidinger Graphic Design
www.michael-heidinger.com

Druck: GUS-Druck GmbH
70180 Stuttgart,
Tel. 07 11 - 60 03 45

www.pressehuette.de • www.gaaa.org • www.uranwaffenkonferenz.de • www.atomwaffenfrei.de

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.
Forststr. 3, 73557 Mutlangen
Postvertriebsstück E 59198 – Deutsche Post AG – Gebühr bezahlt

IHR DRAHT NACH BERLIN

Gespräch mit Entscheidungsträgern

Der FreiRaum bietet seinen Lesern einen direkten Draht in die Bundeshauptstadt. Sie können Aktuelles über die neuen Möglichkeiten der nuklearen Abrüstung direkt von Fachpolitikern zu erfahren. Einfach in dem Sie bei unseren Telefonkonferenzen mitmachen.

Wir haben von allen im Bundestag vertretenen Parteien einen kompetenten Gesprächspartner gefunden, um über die deutschen Initiativen für eine Welt ohne Atomwaffen zu sprechen. Moderiert werden die Telefonkonferenzen von Wolfgang Schlupp-Hauck. Einem Eingangsstatement des Abgeordneten folgt der Austausch mit Sprechern der Kampagne „unsere zukunft atomwaffenfrei“. Dann eine offene Frage-Runde. Informieren Sie sich und fühlen Sie den Politikern auf den Zahn!

WAS MÜSSEN SIE TUN, UM DABEI ZU SEIN ?

1. Wählen Sie zu den angegebenen Terminen jeweils (0 40) (18 88) 10 00 (Verbindung zum Festnetzpreis)
2. Geben Sie nach Aufforderung die Raumnummer 37 18 10 ein
3. Drücken Sie die Rautetaste # (Damit betreten sie den telefonischen Konferenzraum)

Sie sind in der Konferenz im direkten Telefonkontakt mit dem Abgeordneten. Sie hören seine Meinung und den Dialog mit den Sprechern der Kampagne. In der offenen Frage-Runde können Sie selbst eine Frage stellen. Für alle Konferenzen gelten die gleichen Zugangsdaten.

Moderiert werden alle Telefonkonferenzen von Wolfgang Schlupp-Hauck.

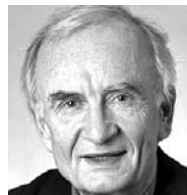


Fragen können vorab an ihn gemailt werden:
redaktion@pressehuette.de
Oder Sie rufen (auch während der Telefonkonferenz) an (0 71 71) 18 20 41

TELEFONKONFERENZEN



Montag, den 11. Mai,
20:20 Uhr – 21:00 Uhr
Rainer Arnold
Verteidigungspolitischer
Sprecher der SPD



Dienstag, den 12. Mai
20:20 Uhr – 21:00 Uhr
Norman Paech
Außenpolitischer Sprecher
für DIE LINKE



Mittwoch, den 13. Mai
20:20 Uhr – 21:00 Uhr
Elke Hoff
Abrüstungspolitische
Sprecherin der FDP



Donnerstag, den 14. Mai
20:20 Uhr – 21:00 Uhr
Dr. Joachim Pfeiffer MdB
Koordinator für
Energiepolitik der CDU/CSU



Freitag, den 15. Mai
20:20 Uhr – 21:00 Uhr
Winfried Nachtwei
Sicherheitspolitischer
Sprecher von BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN

TELEFONISCHE AKTIONSKONFERENZ

Dienstag 30. Juni 20:20 Uhr – 21:00 Uhr

Die Kampagne „unsere zukunft atomwaffenfrei“ will sich mit Ihrer Hilfe in den Bundestagswahlkampf einmischen.

Wir beabsichtigen, aktive Gruppen miteinander zu vernetzen und einen Austausch zu ermöglichen. Dazu laden wir ein zur telefonischen Aktionskonferenz.

Dabei unterstützen wir Sie mit:

- Aktions- und Veranstaltungsideen
- Informationen über Positionen der KandidatInnen und Argumentationshilfe
- Beratung und Coaching in Lobbyarbeit

Für diese Aktionsphase kann ein Handlungspaket bestellt werden bei:

Roland Blach, Haußmannstraße 6, 70188 Stuttgart, oder per e-Mail: material@dfg-vk.de
www.atomwaffenfrei.de